Datum: 09. Mai 2023

Alexander Throm (CDU), innenpolitischer Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, im Gespräch mit Jasper Barenberg

Jasper Barenberg: Mitgehört hat Alexander Throm, der innenpolitische Sprecher der Union im Bundestag. Schönen guten Morgen, Herr Throm.

Alexander Throm: Guten Morgen!

Barenberg: Herr Throm, dieses Feilschen ums Geld im Vorfeld der Beratungen morgen, ist das auch ein Stück unwürdig bei diesem Thema?

Throm: Es ist offensichtlich notwendig, weil die Bundesregierung ja komplett blockiert und sagt, die Länder und die Kommunen vor allem bräuchten gar kein weiteres Geld. Insofern, glaube ich, ist die Verantwortung hier bei der Bundesregierung, die die Kommunen hier ein Stück weit im Regen stehen lässt. Es ist so: Der Bund kann die Migration, wenn überhaupt, etwas steuern. Die Kommunen müssen es am Ende ausbaden.

Barenberg: Andererseits steht im Grundgesetz, für die Finanzierung der Kosten für Geflüchtete sind die Länder zuständig. Was bleibt von diesem Prinzip, wenn die Länder jetzt die Hand aufhalten und auch im Sinne ihrer Kommunen sagen, was immer es an Kosten gibt, der Bund muss zahlen?

Throm: Die Länder beteiligen sich ja an diesen Kosten und auch die Kommunen haben entsprechende Lasten. Es geht darum, dass es ein bisschen ausgeglichen wird. Nochmals: Der Bund setzt die Maßstäbe. Der Bund steuert über das Aufenthaltsrecht, über das Asylrecht, wenn er neue Bleiberechte schafft und Ähnliches, und dann kann das nicht nur zu Lasten der Länder und vor allem der Kommunen gehen, die dann am Ende stehen.

Barenberg: Jetzt gibt es ja vier konkrete Forderungen. Dazu gehört die vollständige Kostenerstattung für Unterkunft und Heizung für Geflüchtete. Dazu gehört eine monatliche Kopfpauschale, die zudem auch noch erheblich angehoben werden wird. Welche Lasten, welche

Kosten bleiben denn noch bei den Ländern, wenn wir das als Grundlage für die Gespräche nehmen?

Throm: Es bleiben die Lasten für Kitas und Schulen, für Personal und Ausstattung. Es bleiben die Lasten für die Integrationsmaßnahmen, die wir für die Menschen brauchen, und für das gesamte Verwaltungsverfahren, für die Betreuung, eine Vielzahl von Dingen, die da noch bleiben. Entscheidend ist, dass der Bund sich nicht mit einer Pauschale herausretten kann, sondern dass es ein dynamisches System sein wird, das auch wachsenden Zahlen von Flüchtlingen, die wir momentan leider erleben, gerecht wird.

Barenberg: Das heißt, auch Sie gehen davon aus, dass wir in den kommenden Jahren schwankende, aber möglicherweise auch steigende Zahlen von Flüchtlingen haben, weil zur Ehrlichkeit gehört auch, Deutschland wird ein attraktives Land für Flüchtlinge bleiben?

Throm: Ja, Deutschland ist das Hauptzielland von Flucht und Migration in Europa und die Bundesregierung tut nichts, um dieses in irgendeiner Form einzugrenzen. Im Gegenteil: Sie schafft neue zusätzliche Bleiberechte, die weitere Anreize senden.

Barenberg: Welche meinen Sie da?

Throm: Beispielsweise das Chancen-Aufenthaltsrecht, das für Personen, die ausreisepflichtig sind, zusätzliche Bleiberechte schafft, und in der Summe, nicht allein, aber in der Summe, verbunden mit Sozialleistungen etc., sendet das auch Signale in die Welt, so dass die Mehrzahl derer, die in Europa ankommen, dann auch gerne nach Deutschland wollen. Deswegen ist die Politik der Ampel in diesem Bereich schlicht verfehlt.

Barenberg: Nun gibt es auch ein paar andere Vorschläge für die Beratungen morgen. Unter anderem geht es da um Fristen für Asylverfahren, um Möglichkeiten, die Abschiebung zu beschleunigen. Ein Stück weit bewegt sich doch auch die Bundesregierung in die Richtung, die Verfahren effizienter und schneller zu gestalten, um das zu erreichen, zum Beispiel zu erreichen, dass die, die das Land verlassen müssen, das auch tatsächlich tun.

Throm: Ganz offensichtlich erkennt die Bundesregierung, dass das, was sie in den Koalitionsvertrag geschrieben hat, nicht trägt in dieser Migrationskrise. Wenn ich beispielsweise an

die Fristen beim Ausreisegewahrsam denke, dann habe ich mit der SPD das seinerzeit verhandelt. Wir wollten genau diese 30 Tage; jetzt sollen es 28 Tage werden. Da hat sich die SPD noch verweigert. Ich bin gespannt, ob die SPD dies mit den Grünen tatsächlich in ihrer Koalition durchkriegt. Bisher höre ich da anderes.

Barenberg: Weil, Herr Throm, Sie haben, um Ihre Haltung mal klar zu benennen, kein Problem damit, jemanden, der im Prinzip nichts Kriminelles getan hat, einzusperren.

Throm: Noch mal: Es geht nicht um einsperren, sondern es geht darum, dass jemand, der vollziehbar ausreisepflichtig ist, rechtswidriger Weise dieser Ausreisepflicht nicht nachkommt. Er verhält sich rechtswidrig, sein Aufenthalt in Deutschland ist nicht mehr gestattet und deswegen geht es um eine Praktikabilität, Menschen in einem gewissen Zeitraum dafür vorzubereiten, dann auf die Rückreise zu gehen. Da hat sich erwiesen, dass der bisherige Zeitraum von der Handhabbarkeit zu kurz ist, und deswegen nochmals: Die Rechtswidrigkeit ist hier bei dem Menschen, der seiner Ausreisepflicht nicht nachkommt.

Barenberg: Was unterscheidet dann den Gewahrsam von einer Haft?

Throm: Die Haft dauert deutlich länger. Die kann über mehrere Monate gehen. Da kommen dann andere Gesichtspunkte, die Gefährdung der Öffentlichkeit und der Sicherheit dazu, auch Straftaten und Ähnliches. Der Ausreisegewahrsam ist lediglich ein Vorbereitungszeitraum, um dann die Rückführung durchführen zu können.

Barenberg: Kommen wir noch mal zurück auf die Finanzierung der Leistungen für Geflüchtete. Sie haben sich ja an die Seite der Forderungen der Länder gestellt und sagen, der Bund muss jetzt da nachlegen, und zwar erheblich. Im Gespräch unter den Ländern ist so etwas wie eine Verdoppelung der finanziellen Zuwendungen. Woher soll dieses Geld kommen? Wir wissen alle, die öffentlichen Töpfe sind nach Corona-Krise und nach Energiekrise gähnend leer, während die Bundesländer gerade Überschüsse erwirtschaften.

Throm: Nochmals: Es geht vor allem darum, wer sitzt am Steuer, um die Migration einigermaßen steuern zu können, und das ist ausschließlich die Bundesregierung. Deswegen muss dort auch die Verantwortung gesucht werden und der Bund kann nicht ständig Lasten auf Kommunen und Länder übertragen und dieses nicht entsprechend ausgleichen. Deswegen ist es die Aufgabe eines FDP-Finanzministers, dafür Sorge zu tragen. Er hat es ja bisher noch nicht mal geschafft, Eckpunkte für den zukünftigen Haushalt vorzulegen, und da gilt

auch eines: Die FDP ist ebenso maßgebliche Treiberin dieser Migrationspolitik, auch dieses Paradigmenwechsels, den sie in den Koalitionsvertrag hineingeschrieben hat, und deswegen muss sie jetzt dafür auch die Lösung finden, insbesondere der Finanzminister.

Barenberg: Nun würden solche Änderungen in der Asylpolitik erst längerfristig wirken. Im Moment geht es um akute Hilfe. Sie würden einen Antrag, wenn er im Bundestag eingebracht würde, unterstützen, mehr Geld für die Länder?

Throm: Nochmals: Das ist eine Aufgabe des Bundesfinanzministers, dafür Lösungen zu suchen, ja, und selbstverständlich brauchen wir mehr Geld für die Länder und im Ergebnis für die Kommunen. Es muss dann am Schluss bei den Kommunen ankommen, die momentan die größte Last tatsächlicher, aber auch finanzieller Art tragen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.